

BUNDESGERICHTSHOF

B E S C H L U S S

IX. 22. 119/55

In der Entscheidungssache

Nathan Ferdinand S. [redacted],
Sammelschule [redacted], K[redacted]/Israel.

Kl[redacted]ger und Beschwerdeführer,
- Prozessvollmachtgeber: Rechtsanwalt Dr. [redacted].

.....

Land Rheinland - Pfalz,
vertreten durch das Ministerium der Finanzen,
[redacted]-[redacted]-[redacted], [redacted].

Beilagen und Beantwortungen

BEFUGNIS

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung der Revision gemäß § 219 Abs. 2 ZMO liegen nicht vor.

Der Berufungsrichter verneint eine Anspruchsberechtigung des Klägers nach § 190 Abs. 1 ZMO, weil er sich nicht davon überzeugen kann, daß der Kläger bei Beginn der Verfolgung oder bei Verlassen des Verurteilungsgebiets in seinem persönlichen Lebensbereich überlegend deutlich gesprochen hat. Er geht dabei von dem richtigen rechtlichen Ausgangspunkt (vgl. BGR RS 1970, 903) aus und würdigt die vorliegenden Beweise im Rahmen seines tatsächlichen Verantwortungsbereichs. Rechtsgrundsätzliche Fragen wirft der Rechtsstreit nicht auf. Von der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs verlangt das Berufungsurteil nicht ab. Die

- 3 -

von Beschwerdeführer angeführte Entscheidung des Bundesgerichtshofs in RnW 1960, 83 ist durch die Änderung des § 150 SGO aufgrund Art. I SGO-Schluss und durch die darauf fußende neuere Rechtsprechung, insbesondere BGR RnW 1970, 503, teilweise überholt.

Auch die Verfahrenartigen des Klägers rechtfertigen nicht die Zulassung der Revision.

Pechs

Zern

